

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 9. August 1989

Blatt 1695

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wien will Ausgleich für Gastpatienten (1696/FS: 8.8.)
- Tunnelanschlag beim Westbahnhof (1698/1699)
- Stacher: „Forum für Angehörige“ beim Psychosozialen Dienst (1702)
- Silbernes Ehrenzeichen für Regierungsrat Rosner (1703)
- Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz in U-Bahn-Tunnel (1704)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk (1701)

Kultur:

- Kunsthalle: Pasterk für mehr Sachlichkeit (1697/FS: 8.8.)
- Landesarchiv zeigt Briefe von Prinz Eugen und Nestroy (1700)

Wien will einen Ausgleich für Gastpatienten

Stacher zur Diskussion über das Wiener Krankenanstaltengesetz

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) In der Diskussion um die Betreuung von Patienten aus den anderen Bundesländern in Wiener Krankenhäusern meldete sich Dienstag auch der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, zu Wort: „Es kann keine Rede davon sein, daß diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird. Wer das behauptet, hat das Wiener Krankenanstaltengesetz offensichtlich nicht gelesen. Wien bekennt sich eindeutig zur überregionalen Schwerpunkt- und Zentralkrankenhausversorgung. Man kann aber die Finanzierung solcher Leistungen, die anderen Bundesländern beträchtliche Mittel ersparen, nicht auf die Dauer den Wiener Steuerzahlern zumuten. Die Stadt Wien strebt nichts anderes an als einen gerechten Ausgleich.“

Im Wiener Krankenanstaltengesetz ist eindeutig festgehalten, unter welchen Voraussetzungen Patienten aus den Bundesländern in Wien behandelt werden können. Selbstverständlich in allen Fällen erster ärztlicher Hilfe und in allen Fällen der Unabweisbarkeit (Lebensgefahr, Gefahr von sonst nicht vermeidbarer schwerer Gesundheitsschädigung, Frauen unmittelfar vor der Entbindung usw.). Ansonsten muß eine Kostenübernahmeerklärung jenes Bundeslandes vorgewiesen werden, in dem der Patient seinen ordentlichen Wohnsitz hat, oder dieses Bundesland muß eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalt in Wien abgeschlossen haben. Es heißt aber dann ausdrücklich, daß Gastpatienten auch dann aufgenommen werden können, wenn dadurch die Versorgung von Patienten, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben, nicht gefährdet wird; es heißt also, wenn freie Betten zur Verfügung stehen.

In den Wiener Krankenanstalten tritt immer wieder die Situation ein, daß in dringenden Fällen Betten in den Gängen stehen. Dennoch hat sich Wien bereit erklärt, weiterhin die Zahl der Akutbetten zu verringern, obwohl es bereits in den vergangenen Jahren beträchtliche Vorleistungen bei der Bettenreduktion erbracht hat. Wien ist aber immer für eine übergeordnete Zusammenarbeit der Bundesländer in Fragen der Spitalsversorgung eingetreten.

Wenn von niederösterreichischer Seite nun die Errichtung eines Krankenhauses mit 1.000 Betten um eine Milliarde Schilling angekündigt wird, dann kann man das kaum ernst nehmen. Um diesen Betrag kann man nicht einmal 1.000 Betten der Standardversorgung bauen. Die Patienten aus Niederösterreich kommen aber ja nicht mit „einfachen“ Krankheiten nach Wien, sondern sie nehmen hier in einem sehr hohen Ausmaß medizinische Spitzenleistungen in Anspruch, die ihnen in ihrem Bundesland kaum geboten werden. Ein Krankenhaus dieser Kategorie wäre das neue Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, das aber — mit 800 Betten — rund 6 Milliarden Schilling kosten wird. Es ist deshalb vernünftig und notwendig, in Wien teure und schwierige Behandlungen zu konzentrieren — im Falle Niederösterreichs und des Burgenlandes auch aus geografischen und aus Gründen der gegebenen Verkehrsstrukturen.

Das neue Wiener Krankenanstaltengesetz bezeichnete Stacher als eine Notwehrmaßnahme. Er sprach sich gegen Gags und Polemiken in dieser Diskussion aus. Es sei nun hoch an der Zeit, daß ernsthaft und sachlich Verhandlungen zwischen allen Beteiligten geführt werden, um zu einer gerechten und sinnvollen Lösung zu kommen, die für alle Österreicher die bestmögliche Krankenhausversorgung sichert. (Schluß) sc/bs/gg

Bereits am 8. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Kunsthalle: Pasterk für mehr Sachlichkeit

Wien, 8.8. (RK-KULTUR) Zur Reaktion von Wissenschaftsminister BUSEK auf Äußerungen von Stadträtin PASTERK in Sachen Messepalast stellte diese gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ nochmals richtig: Es handelt sich nicht um eine Doppelstrategie der Gemeinde Wien, wenn festgehalten wird, daß es eine unverrückbare juristische Mietvertragsregelung zwischen Bund als Vermieter und den Wiener Messen als Mieter gibt, die nicht einfach hinweggeredet werden kann. Pasterks Pressekonferenz am 7. August galt aber nicht der Verteidigung der Wiener Messen und Congress Ges.m.b.H., sondern einer realistischen Betrachtung der mit der fristgerechten Errichtung und sinnvollen Betreuung der Kunsthalle verbundenen Probleme und Anforderungen. Die Kulturstadträtin hat in einem heutigen Schreiben den Bundesminister nochmals aufgefordert, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen, indem er alle vom Messepalastproblem tangierten Politiker einladen möge. Sie übermittelte mit diesem Schreiben auch detaillierte Unterlagen über Termine, Kosten, Ausstellungsprogramm, Besucherfrequenz, Organisationsform, Raumprogramm etc. und forderte Busek auf, seine heutige Behauptung, daß alle konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Probleme bereits gelöst seien, schriftlich zu belegen. Bis zur Stunde liegen Pasterk keinerlei inhaltliche Kunsthallen-Konzepte des Wissenschaftsministeriums vor, während Busek das eben erarbeitete Diskussionspapier der Stadt als „aus Sekaninas Zeiten“ abqualifiziert. Auch zeigte sich die Kulturstadträtin besorgt darüber, „daß Buseks vermeintlicher Tatendurst nicht in seinem polemischen Redeschwall ertränkt werde“. Der von Busek an den Tag gelegte Stil könne schwerlich, so Pasterk, die Basis für die gemeinsame Errichtung und das gemeinsame Betreiben der Neuen Kunsthalle sein. (Schluß) red/rr

Bereits am 8. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Tunnelanschlag beim Westbahnhof

Breitetest Tunnel Wiens wird aufgeföhren

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Nach 21 Monaten Rohbauzeit am Bauabschnitt Westbahnhof der U 3 (U 3/13) ist es soweit: Morgen, Donnerstag, den 10. August, um 11 Uhr fällt der Startschuß für die Herstellung der Stationsröhren unter dem Haus Europaplatz 1 nach der „Neuen Österreichischen Tunnelbauweise“ mit dem größten Ausbruchquerschnitt (224 Quadratmeter), der jemals in Wien aufgeföhren wurde. Unter der traditionellen Patenschaft einer „Tunnelpatin“ — diesmal wird die Gattin des Bundeskanzlers, Frau Christine VRANITZKY, diese ehrenvolle Aufgabe übernehmen — wird mit dem Vortrieb von zwei Pfeilerstollen begonnen. Auch Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY wird beim Tunnelanschlag dabei sein.

Die Arbeiten finden für die zweite Ausbauphase der U 3 (Volkstheater bis Westbahnhof) statt, die im Oktober 1993 in Betrieb gehen soll. Die Gesamtkosten für diesen Bauabschnitt der U 3 („Westbahnhof“) betragen drei Milliarden Schilling, die Rohbauzeit ist mit 62 Monaten angesetzt. Insgesamt werden in diesem 312 Meter langen Teilstück der U 3 sieben Einzelvortriebe mit je 110 Meter ausgeführt, also insgesamt 770 Meter, die dann zu einem einzigen großen Querschnitt zusammengefaßt werden.

Komplizierter Umbau des Westbahnhofes

Der eine Teil des Bauabschnittes U 3/13 Westbahnhof, nämlich der Abschnitt der U 3, beginnt in der Mariahilfer Straße etwa auf der Höhe Nr. 126 und endet im Schacht Gerstnerstraße vor dem Bauabschnitt U 3/14 Schweglerstraße. Er umfaßt jeweils am Beginn und am Ende eine Weichenanlage für die Abstellgleise und, dazwischen liegend, die Station Westbahnhof der U-Bahn-Linie 3.

Neben der Herstellung des Stationsbereiches in „Neuer Österreichischer Tunnelbaumethode“ umfaßt dieser Teil des Bauabschnittes noch die Herstellung eines Unterwerkes, eines Kreuzungsbauwerkes mit der U-Bahn-Linie U 6 und einen anschließenden Streckentunnel in Richtung innere Mariahilfer Straße in offener Bauweise. Aufgänge befinden sich im Schacht Gerstnerstraße, in der äußeren Mariahilfer Straße vor der Grünfläche am Europaplatz 1, in der inneren Mariahilfer Straße am sogenannten „Mariahilfer Platzl“ und direkt im Westbahnhof. Dieser Aufgang in den Westbahnhof bedingt einen äußerst komplizierten Umbau des südlichen Teiles des Bahnhofes, wobei gleichzeitig mit dem Umbau auch wesentliche Strukturverbesserungen in diesem Bereich des Bahnhofes mit errichtet werden (Vergrößerung des Postamtes, Einbau einer Polizeistation, Umbau des Restaurants und Vergrößerung der Verkaufsflächen).

Neue Technik gegen Setzungen

Die „Neue Österreichische Tunnelbaumethode“ wurde von Österreichern entwickelt und hat bereits ihren Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Als wesentliche Konstruktionselemente für die Herstellung der Außenschale werden Spritzbeton, Baustahlmatten und stählerne Gitterbögen angewendet.

Sie ist dadurch charakterisiert, daß durch bestimmte Baumaßnahmen die Tragwirkung des Bodens aktiviert wird und Setzungen minimiert werden.

Dies ist besonders für die Unterföhren des Hauses Europaplatz 1 wichtig, wobei die durch den großen Querschnitt erwarteten hohen Setzungen noch zusätzlich durch eine besondere, erstmals in Wien angewendete Bauhilfsmaßnahme, nämlich den Einbau einer „flexiblen“ Injektionsmatte zwischen Hausfundamenten und Tunnel, gezielt verhindert werden können. Durch verschiedene umfangreiche Meßprogramme im Tunnel, im

Boden und an den Häusern wird die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen laufend über Computer kontrolliert.

U 6-Neubau: Sieben Verkehrsphasen

Der zweite Teil des Bauabschnittes U 3/13 Westbahnhof umfaßt den Neubau der Linie U 6, beginnend von der Wallgasse bis zur Goldschlagstraße, mit einer Länge von cirka 642 Metern. Dieser Teil wird komplett in offener Bauweise errichtet.

Die besondere Schwierigkeit in diesem Bereich ergibt sich durch die Forderung, den Verkehr in jeder Phase aufrecht zu erhalten (Individualverkehr, Gürtel, öffentlicher Verkehr — alle Straßenbahnen und Stadtbahn und den umfangreichen Fußgängerverkehr). Diese Schwierigkeiten werden durch die Installation von insgesamt sieben Verkehrsphasen gemeistert, derzeit ist die dritte Verkehrsphase in Betrieb.

Besonders erschwerend wirkt sich aus, daß die bestehende Stadtbahn noch durch das neu zu errichtende Unterwerk fährt, woraus sich ergibt, daß die U 6 beziehungsweise Stadtbahn so schnell wie möglich aus ihrer alten Trasse in die neue Trasse verlegt werden muß. Aus dieser prekären Terminalsituation resultiert, daß die neu in Betrieb gehende U 6-Station Anfang des Jahres 1990 nur provisorisch ausgestaltet sein wird.

Nach dem U-Bahn-Bau ist die Wiederherstellung der Oberfläche mit den schon traditionellen Verbesserungen in gewissen Bereichen vorgesehen. Der Rohbau wird im Dezember 1992 beendet sein. (Schluß) roh/bs/gg

Forts. von Blatt 1698

Landesarchiv zeigt Briefe von Prinz Eugen und Nestroy

Wien, 9.8. (RK-KULTUR) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich seines 100jährigen Jubiläums seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer gesonderten Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 9. bis 22. August werden besondere Stücke aus der neuerworbenen Sammlung Jary zu sehen sein, darunter ein Schreiben des Prinzen Eugen und ein Brief von Johann Nestroy.

Professor Walter Jary, 22 Jahre lang Bildungs- und Kulturreferent des Österreichischen Bundesheeres, hat vor kurzem sein „Kleines Archiv“ mit rund 2.000 Porträts, Autographen und Handschriften, das einen Millionenwert repräsentiert, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv als Geschenk übergeben. (Schluß) am/gg

Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk

Wien, 9.8. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des 1. Bezirkes, das Gebiet zwischen Rotenturmstraße, Morzinplatz, rechter Uferkante des Donaukanals, rechter Uferkante des Wienflusses, Johannesgasse, Weihburggasse, Himmelpfortgasse und Singerstraße, insgesamt eine Fläche von rund 70 Hektar mit 6.000 Einwohnern und 20.000 Beschäftigten, wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 5992) ausgearbeitet. Außerdem soll eine Schutzzone festgelegt werden.

Im wesentlichen gibt es folgende Probleme: Die derzeitigen Baulinien sind oft Eingriffe in historisch wertvollen Baubestand; es fehlen bestandsbezogene Bauvorschriften in der Schutzzone; die stadtbildprägende Dachlandschaft ist auf Grund der derzeitigen Bauordnungsbestimmungen nicht gesichert, der verstärkte Ausbau von Dachgeschossen birgt die Gefahr einer Zerstörung dieser Dachlandschaft; die Höfe vieler kulturhistorisch wertvoller Gebäude sind vor einer Bebauung nicht gesichert; durch den Ausbau der U-Bahn kommt es zu neuen Fußgängerströmen, für die Vorsorge getroffen werden muß; viele städtebaulich wertvolle Plätze sind derzeit noch durch Autoabstellflächen beeinträchtigt.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Erhaltung der Nutzungsvielfalt, die widmungsmäßige Berücksichtigung des wertvollen Baubestandes, die Berücksichtigung des charakteristischen Erscheinungsbildes durch differenzierte Festsetzung der Gebäudehöhen, die Freihaltung der Höfe, die Sicherung der Grünflächen und des wertvollen Baubestandes, die widmungsmäßige Vorsorge für den ruhenden Verkehr, für Fußgängerverbindungen und für Flächen für öffentliche Zwecke.

Der Entwurf liegt vom 10. August bis 7. September, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) and/bs

Stacher: „Forum für Angehörige“ beim Psychosozialen Dienst

Erste medizintechnische Aufträge für das SMZ-Ost

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Das Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien wird ein „Forum für Angehörige“ einrichten, das die Kontakte zwischen den Dienststellen des Kuratoriums und den Angehörigengruppen bzw. Angehörigen von Patienten auf eine breite Basis stellen soll. Dieses Forum soll mindestens zweimal im Jahr abgehalten werden und allen Angehörigengruppen von Alkoholkranken, Drogenabhängigen, gerontopsychiatrischen Patienten, geistig Behinderten, Autisten usw., sowie den nicht organisierten Angehörigen die Möglichkeit bieten, Vorschläge und Anregungen einzubringen und von Mitgliedern des Vorstandes des Kuratoriums und der gemeinderätlichen Psychiatriekommission aktuelle Informationen zu erhalten. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen zu einem Antrag der VP-Gemeinderäte Dkfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER und Mag. Eva PETRIK bekannt.

Der Gesundheitsausschuß genehmigte in dieser Sitzung eine Reihe von Aufträgen zum weiteren Ausbau des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt. Zum ersten Mal werden nun auch schon Aufträge für medizinische Einrichtungen erteilt, wie die Lieferung und die Montage

- von Operationstischsystemen (19,4 Millionen Schilling),
- von je nach Fachdisziplinen unterschiedlichen Operations- und Untersuchungsleuchten für Operationssäle und Ambulanzbereiche (7,2 Millionen Schilling) und
- von Deckenversorgungseinheiten für die Chirurgie und die Anästhesie (4,9 Millionen Schilling). Über diese Geräte werden von der Decke aus mit einem schwenkbaren Gelenksarm medizinische Gase (Sauerstoff, Druckluft, Narkosegas, Vakuum) und verschiedene Stromanschlüsse bereitgehalten. Die Anlagen verfügen außerdem über eine Stellfläche für medizinische Apparate.

Weiters bewilligte der Ausschuß Aufträge für Schlosserarbeiten, darunter für automatische Türanlagen, Stahltüren und Zargen, um 106,1 Millionen Schilling, für Baumeisterarbeiten für die Klinkerfassade um 11,7 Millionen Schilling und für Estricharbeiten in den drei Bettenhäusern um 35 Millionen Schilling. (Schluß) sc/gg

Silbernes Ehrenzeichen für Regierungsrat Rosner

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Mittwoch Regierungsrat Johann ROSNER durch den amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA überreicht.

Amtsdirektor Regierungsrat Johann Rosner hatte durch engagierte Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich des Bezirksgerichtes Liesing der Bevölkerung lange Wartezeiten erspart und sich überdies intensiv um eine bürgerfreundliche Ausbildung des Personals bemüht. (Schluß) lf/bs

Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz in U-Bahn-Tunnel

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Eine Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz fand gestern, Dienstag abend, in der noch nicht in Betrieb befindlichen U 6-Station Längenfeldgasse statt. Für den Einsatz wurde folgende Situation angenommen: Eine U-Bahn-Garnitur bleibt infolge eines Kabelbrandes bei der U 6 im Bereich Längenfeldgasse stehen. Aufgrund der raschen Brandausbreitung muß die Garnitur evakuiert werden. Mehrere Personen sind bewußtlos.

Seitens der Feuerwehr waren das Kommandofahrzeug Hauptinspektion, zwei weitere Kommandofahrzeuge, sechs Löschgruppenfahrzeuge, zwei Atemschutzfahrzeuge, zwei Großtanklöschfahrzeuge sowie zwei Schlauchcontainer an der Übung beteiligt. Vom Roten Kreuz wurden die Rettungsfahrzeuge sowie das ärztliche Personal zur Verfügung gestellt.

Ziel der geglückten Übung war, die Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rotem Kreuz bei einem derartigen Großeinsatz im U-Bahn-Bereich zu trainieren. (Schluß) du/bs